

## Analyse

# Stratifikation und soziale Ungleichheit in Russland

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

## Zusammenfassung

Siebzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR unterscheidet sich Russlands Gesellschaft in vielen Aspekten von der Gesellschaft der Sowjetzeit. Die Transformation des politischen und des Wirtschaftssystems hat die soziale Organisation tiefgreifend verändert und in der Konsequenz wurde der soziale Wandel zu einem bestimmenden Element der Transformationsprozesse in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Auflösung der alten Sozialordnung und damit verbunden der Verlust der eigenen gesellschaftlichen Position war die Grunderfahrung der meisten russischen Bürger nach 1991. Die Gesellschaft geriet in Bewegung. Große Bevölkerungsgruppen verarmten nach 1991, die »alten« sowjetischen Mittelschichten zerfielen, dafür gab es Ansätze zur Entstehung einer »neuen Mittelklasse« auf der Basis von Privateigentum. Teile der sowjetischen *Nomenklatura* verwandelten sich in eine neue Führungsschicht, in die auch neue politische und Geschäftseliten aufstiegen. Diese Vorgänge veränderten die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft und wirkten auf das System politischer Institutionen zurück.

## Soziale Stratifikation 1991 bis 2007

Der Wandel der Gesellschaft begann bereits in der Breschnew-Zeit. Es bildete sich ein administrativer Markt, informelle Tauschbeziehungen spielten eine wachsende Rolle. In diesem Prozess bildete sich eine soziale Gruppe heraus, die faktisch über das Staatseigentum verfügte. Der Zugang zu dieser Führungsschicht war über ein System geregelt, in dem neben Bildung vor allem die Stellung in der Hierarchie der Nomenklatur-Positionen eine Rolle spielte. Durch die Wirtschafts- und Sozialreformen, die die Gorbatschowsche Führung seit 1987 in die Wege geleitet hatte, wuchs die Möglichkeit, auf Eigentum zuzugreifen. Teile der Nomenklaturelite begannen, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen und – unter Nutzung ihrer bisherigen Vorrangstellung – Besitz zu erwerben. Damit verschafften sie sich in dem sozialen Differenzierungsprozess, der durch die Reformen nun beschleunigt in Gang kam, eine starke Position.

Die Transformation war vor allem – das wird häufig übersehen – ein Umverteilungsprozess, der die sozialen Kräfteverhältnisse grundlegend veränderte. Die Einführung demokratischer Normen öffnete neuen Gruppen den Zugang zur Macht und der Übergang zur Marktwirtschaft mit Privatisierung von Staatseigentum und Liberalisierung von Preisen sowie Kapitalverkehr schuf ein Spektrum an Möglichkeiten, sich zu bereichern. Junge Wirtschaftsreformer im Umfeld Jelzins nahmen dies nicht nur in Kauf, sie sahen in der Entstehung einer besitzenden Schicht die Garantie gegen eine Rückkehr zum politischen System der Sowjetzeit. Die Daten der russischen Statistikbehörde zeigen deutliche Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen (siehe Grafik 1

auf Seite 12). Da ein großer Teil des Einkommens illegal erzielt und vor Fiskus und offiziellen Stellen geheim gehalten wurde, unterschätzt diese Statistik den Umverteilungsprozess eher. Dennoch zeigen die Angaben deutlich, wie im Kontext der politischen und ökonomischen Transformation die Kräfte innerhalb der Gesellschaft neu geordnet wurden. Verfügte das reichste Fünftel der russischen Bevölkerung 1990 über ca. 30 % des gesamten Geldeinkommens, waren es 1994 fast 50 %. Der Gini-Koeffizient, der soziale Ungleichheit misst, stieg im gleichen Zeitraum steil an. Seit 1994 blieb der Differenzierungsgrad im Wesentlichen gleich. Die soziale Ungleichheit, die aus der Umverteilung der gesellschaftlichen Reichtümer zwischen 1990 und 1994 erwachsen war, wurde zur sozialen Normalität.

Betrachtet man die Veränderungen der Sozialstruktur zwischen 1992 und 2003, so wird deutlich, dass die Umverteilung der »Gründerjahre« 1990 bis 1994 für große Teile der Bevölkerung den sozialen Abstieg bedeutete, der erst in den Putin-Jahren aufgehalten werden konnte.

Zum Ende der Sowjetunion folgte die Gliederung der Gesellschaft in Russland – ermittelt durch eine Befragung, in der die Respondenten ihre soziale Stellung selbst einschätzen sollten – in etwa der Normalverteilung: eine kleine Oberschicht und eine relativ kleine Schicht armer Menschen bei einer Dominanz der Mittelschicht (Linie RF 1992 in Grafik 2 auf Seite 12). Diese Formation entsprach im Großen und Ganzen den Strukturen westlicher Industriegesellschaften (Linie: ISSP 1999, 27 Länder). Am Ende der Jelzin-Ära hatte sich die russische Sozialstruktur jedoch stark verändert (Linie: RF 1999): Die Mittelschichten waren »weggebrochen«.

Die Masse der Befragten verortete sich nun in der Unterschicht. Im Jahre 2003 hatte sich die Situation wieder gewendet. Ein beachtlicher Bevölkerungsanteil nahm eine Besserung der eigenen Lage wahr und ordnete sich wieder der Mittelschicht zu. Die Sozialstruktur konsolidierte sich – bei fortbestehender sozialer Ungleichheit.

Vergleicht man den Grad der sozialen Differenzierung mit dem anderer Länder (siehe Grafik 3 auf Seite 13), so zeigt sich, dass sich die russische Gesellschaftsstruktur in diesem Punkt deutlich von der europäischer Industriestaaten unterscheidet. Die Gesellschaft der USA allerdings – wie auch die des Iran, der Türkei oder Chinas – weist noch größere Ungleichheiten auf.

Die vorliegenden Daten erlauben es, den Prozess sozialen Wandels, der nach der Auflösung der Sowjetunion stattgefunden hat, grob zu skizzieren. Die wirtschaftliche Transformation inklusive Privatisierung des Staatseigentums, Zusammenbruch der industriellen Produktion und extremer Preisseigerungen führte dazu, dass die sowjetische Mittelschicht zu großen Teilen in die Armut abstieg. Nur eine zahlenmäßig sehr kleine Gruppe profitierte von den Turbulenzen der Übergangszeit, stieg in die Führungselite auf und konnte sich über die Maßen bereichern. Mit dem Anstieg der Ölpreise, der mit dem Beginn der Amtszeit Putins 1999/2000 zeitlich zusammenfiel, verbesserte sich die wirtschaftliche Lage spürbar. Dies erfuhr auch die Masse der in den 1990er Jahren vom sozialen Abstieg Betroffenen, die nun allmählich wieder Fuß fasste und an Selbstwertgefühl gewann. Der Abstand zwischen »Oben« und »Unten«, zwischen »Arm« und »Reich« blieb jedoch ungeachtet der Besserung der Lebensverhältnisse unverändert groß. Soziale Ungleichheit blieb ein bestimmendes Element des Gesellschaftsaufbaus im postsowjetischen Russland.

### Armut als Transformationserfahrung

Wie die Daten zeigen, erfuhr eine Mehrheit der russischen Bevölkerung die Transformation zu Markt und Demokratie als Verschlechterung der eigenen Lebenssituation. Dabei war der Anteil der Menschen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum lag, erschreckend hoch. Auch wenn die Ergebnisse unterschiedlicher Studien zu diesem Thema signifikant voneinander abweichen, muss man davon ausgehen, dass Mitte der 1990er Jahre der Anteil der Bevölkerung, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreichte, bei 30–40 % lag. Die Staatliche Statistikbehörde vermutete allerdings, dass sich wenigstens ein Drittel der Betroffenen zusätzliche Einkommen verschaffen konnte, so dass tatsächlich nur etwa 20 % unmittelbar existenziell

bedroht waren. Das waren 1996 aber weit über 30 Millionen russische Bürger. Diese Zahl stieg während der Finanzkrise des Jahres 1998 noch einmal deutlich an, ging mit der Besserung der Wirtschaftslage seit 2000 dann aber stetig zurück.

Armut war ein Transformationsphänomen, das große Teile der Bevölkerung bedrohte. Allerdings wurden nicht alle Gruppen in gleicher Weise betroffen. Am schwierigsten war die Situation für alte Menschen und Invaliden. Rentner etwa gerieten Anfang der 1990er Jahre in eine akute Notlage. In vielen Fällen verfügten sie nicht über die erforderlichen Mittel, um sich ausreichend zu ernähren oder eine angemessene ärztliche Versorgung zu bezahlen. Doch während der Hyperinflation der ersten Transformationsjahre und in der Finanzkrise 1998 mussten auch Durchschnittsfamilien um die Sicherung ihrer Existenz kämpfen. Erst der Wirtschaftsaufschwung, der sich in den Putin-Jahren im Gefolge des Wachstums der Energiepreise vollzog, stabilisierte die Situation wieder und verringerte die Zahl der Bedürftigen.

Wie sich die Lage der Bevölkerung nach 2001 verbesserte, lässt sich an Umfrageergebnissen des Lewada-Zentrums ablesen.

Nach den Daten (siehe Tabelle 1 auf Seite 13) musste fast ein Viertel der Bevölkerung sich noch im Mai 2001 um das nackte Überleben sorgen, weitere 42 % waren zwar nicht in ihrer unmittelbaren Existenz bedroht, doch fehlten ihnen die Mittel, ihre Lebensbedürfnisse einigermaßen angemessen zu befriedigen. Im Laufe der folgenden Jahre verbesserte sich die Lage zusehends. 2008 war der Anteil derjenigen, die um das »tägliche Brot« kämpfen mussten, auf 12 % gefallen, derjenigen, die sich zwar ausreichend ernähren konnten, aber alle anderen Bedürfnisse zurückstellen mussten auf 31 %. Die Zahlen zeigen aber auch, dass am Ende der zweiten Amtszeit Putins immer noch nahezu die Hälfte der Bevölkerung nach landläufigen Begriffen als »arm« gelten musste, obwohl die unmittelbare Notsituation überwunden war.

### Ansätze zur Entstehung einer neuen Mittelschicht

Die Transformationskrise nach dem Ende der Sowjetunion war eine schlechte Voraussetzung für die Entwicklung einer stabilen Mittelschicht. Der Differenzierungsprozess der 1990er Jahre hatte gerade die mittleren Einkommensgruppen geschwächt. Trotzdem ist festzustellen, dass in Russland ein Potenzial existiert, aus dem eine Mittelschicht erwachsen kann. Die aus der Sowjetzeit überkommene Sozialstruktur bietet dafür gute Voraus-

setzungen. Ein großer Teil der Bevölkerung verfügt über eine qualifizierte Ausbildung und in Wirtschaft und Verwaltung gibt es eine breite Schicht mittlerer Manager. Ärzte, Juristen etc. konnten aus dem Angestelltenverhältnis in die Selbständigkeit wechseln. Nach 1989 begann sich zudem eine Schicht mittelständischer Unternehmer herauszubilden. Ihr Umfang wurde von russischen Sozialwissenschaftlern vor der Finanzkrise vom August 1998 mit etwa 25 % der arbeitsfähigen Bevölkerung beziffert. Der Kollaps des Rubelkurses entwertete Einkommen und neu angesammelte Rücklagen und wirkte sich negativ auf den Besitzstand der Mittelklasse aus, deren Anteil nun mit 18 % angegeben wurde.

Eine stabile Mittelklasse mit eigenem Selbstbewusstsein, die u. U. auch einen politischen Faktor darstellen könnte, hatte sich in Russland bis 1998/1999 nicht herausgebildet. Zwar gab es Gruppen, aus denen sich eine solche Klasse rekrutieren könnte, doch waren diese zahlenmäßig vergleichsweise schwach und in ihrem Selbstverständnis wohl auch zu heterogen. Von einer homogenen Gruppe, die sich auch als solche – als Mittelklasse – verstand, konnte Ende der 1990er Jahre noch keine Rede sein. Der ehemalige Ministerpräsident Primakov kommentierte die Situation 1998 denn auch sarkastisch mit dem Satz: »Leute, die in der Börse mit den Armen wedeln, das ist noch keine Mittelklasse.«

### Oligarchen und Bürokraten – die neue Führungsschicht

Zur »herrschenden Elite« rechnen die russischen Soziologen seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre im Wesentlichen zwei Gruppen: die Inhaber politischer Führungsämter und die Wirtschaftsführer. Auch diese neue, zahlenmäßig kleine Führungsschicht war ein Produkt der Jahre des Umbruchs. Ihre Rekrutierungsgeschichte, ihre Zusammensetzung, ihre Weltsicht und ihr Verhalten waren bestimmt für den Verlauf der Transformation. Angesichts der politischen Passivität der verarmten Mehrheit und der Orientierungslosigkeit der Mittelschichten waren es kleine Elitengruppen, die den politischen Prozess und die ökonomische Neuordnung beherrschten.

Natürlich stellt sich die Frage, wieweit sich die »neuen« Eliten der Transformationszeit von den »alten« sowjetischen unterschieden, ob der Übergang mit einem Elitenwechsel verbunden war oder ob die sowjetischen Eliten auch den postsowjetischen Prozess beherrschten. Die Antwort darauf ist nicht so einfach. Tatsächlich war bereits in den 1960er Jahren ein Pluralisierungsprozess innerhalb der Gesellschaft in Gang gekommen. Die vergleichsweise geschlossene sowjetische Führungselite

löste sich auf und zerfiel in konkurrierende Segmente. Die Ausdifferenzierung nach Gruppen, die je nach Branche, Region und Apparatzugehörigkeit unterschiedliche Interessen verfolgten, setzte sich in den 1980er Jahren verstärkt fort. In den 1990er Jahren führten die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen – u. a. die Entmachtung und der Zerfall der regierenden Partei, die Privatisierung, die Kadererneuerung in der Verwaltung und die Institutionalisierung der regionalen Selbstverwaltung – schließlich zu einer Aufspaltung der »alten« sowjetischen Elite: Die Nomenklatura zerfiel in konkurrierende Gruppen, die allerdings noch durch Herkunft, Erfahrungshorizont und mannigfache Netzwerkbeziehungen miteinander verbunden waren.

Zugleich entstand aber in dieser Phase auch eine neue Schicht von Aufsteigern, die sich die Neugestaltung des politischen und des wirtschaftlichen Systems zunutze machte. Der entstehende Markt mit Geldwirtschaft und Kapitalverkehr brachte einen neuen Typus von Geschäftsmann hervor, ebenso wie sich mit der Veränderung des politischen Prozesses ein neuartiger Politikertypus herausbildete. Die »neue« Führungsgruppe rekrutierte sich zunächst weitgehend aus »alten« Eliten. Die Durchsetzung der Reformen nach 1991 bereitete dann das Feld für den Aufstieg neuer Gruppierungen, die alsbald Einfluss auf die Richtung des Transformationsprozesses nahmen. Auf diese Weise entstand ein Elitenhybrid, dessen Angehörige aber durchaus konsequent ein Ziel verfolgten: die Konsolidierung der eigenen Position. An der Fortentwicklung des demokratischen Systems, dem Ausbau von Rechtsstaat und Bürgersgesellschaft sowie der Durchsetzung eines Marktes mit funktionierender Wettbewerbsordnung waren sie nur insoweit interessiert, als dies zur Sicherung ihrer Stellung nützlich war. Insofern sollte man nicht von der Annahme ausgehen, es sei das Ziel der politischen Reformeliten gewesen, westliche Modelle von »Demokratie« und »Marktwirtschaft« durchzusetzen. Wenigstens ein Teil der neuen Führungsschichten wollte die Ressource Reform lediglich zu Machtgewinn und Machtbehalt nutzen.

Zahlenmäßig war diese Machtelite sehr klein. Die Soziologin Natalja Tichonowa schätzte 2006 die Gruppe der »Reichen« auf insgesamt 5 % der Bevölkerung (Obere Mittelklasse 4 %, die »sehr Reichen« 1 %, »Elite und Subelite« ca. 0,5 %). Am stärksten waren die ehemaligen Nomenklaturisten nach 1991 im Staatsapparat und in der Staatswirtschaft vertreten, weniger stark in der Privatwirtschaft. Die Transformation hatte also wenigstens partiell zu einer Erneuerung geführt, doch handelte es sich nicht um eine radikale Ablösung der

»alten« Eliten, sondern um einen allmählichen Übergang – Beyme bezeichnet den Vorgang ironisch als »sozialverträglichen Elitenwechsel«.

Die schon unter Jelzin bestehenden scharfen Gegensätze zwischen den verschiedenen Führungsgruppen setzten sich unter Putin fort, aber es kam nun nicht mehr zu offenen Spannungen. Stattdessen begann der Präsident die Zusammensetzung der Führungseliten aktiv zu beeinflussen. Durch eine Personalpolitik, die bewusst auf Ex-Kollegen aus den Geheimdiensten und frühere Petersburger Vertraute setzte, veränderte Putin das Profil der föderalen Exekutive. Im Vergleich mit der Jelzin-Zeit war der Anteil der Militärs, aber auch der Geschäftsmänner deutlich gestiegen, während der Anteil der Absolventen von Elitehochschulen und der Inhaber akademischer Grade zurückging (siehe Tabelle 2 auf Seite 14). Mit dem erhöhten Anteil der Militärs hing wohl die Zunahme der Landbevölkerung in der Exekutive zusammen – auch in der Sowjetunion bot die militärische Laufbahn Leuten außerhalb der Hauptstädte, die nicht zum sowjetischen Establishment gehörten, eine Karrierechance. Bemerkenswert ist auch der hohe Anteil der Petersburger: Putin hatte deutlich mehr seiner Vertrauten mit nach Moskau gebracht als Jelzin, der kaum einen Parteikader aus Swerdlowsk (Jekaterinburg) herangezogen hatte. Der Präsident schuf sich damit einen Führungskern, der es erlaubte, die Gegensätze der verschiedenen Elitefraktionen unter Kontrolle zu halten. Die Heterogenität der postsowjetischen Eliten, die Gegensätze zwischen Branchen, konkurrierenden Apparaten, zwischen Personen mit unterschiedlichen Karrierewegen blieben dennoch bestehen.

Die Handvoll Oligarchen, die in den 1990er Jahren entstand, war aufgrund ihrer Aufstiegserfahrung eng mit der politischen Elite verbunden. Die Politiker und hohen Beamten profitierten ihrerseits vom Aufstieg der neuen Finanzelite und ließen sich von den neuen Reichen großzügig entlohnen. So entstand ein Konglomerat aus Exekutive und Geschäftsleuten, das der postsowjetischen russischen Gesellschaft seinen Stempel aufdrückte.

### Eine ungerechte Gesellschaft?

Der soziale Umbruch, der sich nach 1992 vollzog, hat in Russland eine Gesellschaft geschaffen, die voll innerer Spannungen ist. Der »sozialverträgliche Elitenwechsel«,

der große Teile der alten Führungsschicht in Leitungspositionen beließ, verhinderte den Bruch mit der Vergangenheit. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die in der Sowjetzeit, insbesondere in den Stalin-Jahren begangen wurden, fand nicht statt. Andererseits wurde das Verfahren der Privatisierung, die ein wesentlicher Bestandteil der Transformationspolitik war und das vormals staatliche Eigentum in die Hand weniger überführte, von der Mehrheit der Bevölkerung als zutiefst ungerecht erlebt. Der rasante Anstieg von Kriminalität im Gefolge der Durchsetzung von Geldwirtschaft und Warenbeziehungen tat ein Übriges, um viele daran zweifeln zu lassen, dass Demokratisierung und Marktwirtschaft eine Wendung zum Beseren bedeuten.

Der »ungerechte« Umverteilungsprozess der 1990er Jahre hatte eine Gesellschaftsstruktur hervorgebracht, die vor allem durch Ungleichheit gekennzeichnet war. Dies wurde in der Öffentlichkeit auch so wahrgenommen. Eine Umfrage des regierungsnahen Instituts WZIOM zeigte, wie stark Einkommens- bzw. Klassenunterschiede das Gesellschaftsbild bestimmten. Bemerkenswert ist, dass die Befragten dem Unterschied zwischen Bevölkerung und »wlast« (»die Macht«), d. h. dem Elitenkartell an der Spitze, fast dasselbe Gewicht beimaßen, wie den Einkommensunterschieden (siehe Grafik 4 auf Seite 14).

Das Konglomerat aus Bürokratie und Oligarchie, das Wirtschaft und Politik dominierte, wurde in der Bevölkerung – durchaus zutreffend – als die neue »herrschende Klasse« wahrgenommen. Der Übergang zur Marktwirtschaft, die Neuordnung der politischen Strukturen und die Umwälzung der Gesellschaftsordnung, die mit beidem verbunden war, hatten sich auf die Lebensumstände und Lebensplanung jedes einzelnen russischen Bürgers unmittelbar ausgewirkt. Und diese individuelle Erfahrung war maßgeblich dafür, wie Konzepte wie »Demokratie« und »Marktwirtschaft« wahrgenommen wurden. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte die Transformation als schmerzhaften Prozess empfunden, der mit sozialem Abstieg und Überlebenskampf verbunden war. Das postsowjetische Gesellschaftssystem galt ihnen als zutiefst ungerecht, eine Wahrnehmung, die angesichts der existierenden sozialen Unterschiede zu verstehen und durchaus begründet ist.

### Über den Autor:

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.